



Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11010 Berlin

Staatssekretär im
Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz
Herrn Gerd Billen
11015 Berlin

Michael Odenwald
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL
FAX

sts-o@bmvi.bund.de
www.bmvi.de

Betreff: Schlussfolgerungen aus den Manipulationen bei Volkswagen

Bezug: Ihr Schreiben vom 15.10.2015
Aktenzeichen: LA 23/7363.1/1-1-2444014
Datum: Berlin, 28. Okt. 2015
Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Kollege,

lieber Herr Billen,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15.10.2015. Ihre Vorschläge habe ich zum Anlass genommen, um sie innerhalb der Untersuchungskommission und mit weiteren Betroffenen, insbesondere mit dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA), zu erörtern.

Im Ergebnis teile ich Ihre Auffassung, dass durch geeignete Maßnahmen eine noch intensivere Kontrolle der Fahrzeughersteller erreicht werden sollte. Dabei ist auch der Gesichtspunkt der Zurückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher von großer Bedeutung. Ich habe deshalb veranlasst, dass in der in meinem Haus zuständigen Abteilung Landverkehr eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die Vorschläge für die weitere Verbesserung insbesondere der Typgenehmigungsvorschriften und der Vorschriften über die Marktüberwachung und die Produktsicherheit erarbeiten soll.

Zu Ihren Überlegungen vermute ich folgende Auffassung:

1. Ihren Vorschlag, Volkswagen nahezulegen, auf die Einrede der Verjährung im Hinblick auf die von Manipulationen betroffenen Fahrzeuge zu verzichten, habe ich mit dem Unternehmen erörtert. Dort bestand Aufgeschlossenheit. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag für eine Kundeninformation befindet sich bereits in der konzerninternen Abstimmung. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass sie dem betroffenen Kunden in Kürze zugeht. Ich habe darum gebeten, die Information zu erhalten und werde sie Ihnen ebenfalls zur Verfügung stellen.

